

Manfried Welan / Helmut Wohnout

Hans Karl Zeßner-Spitzenberg – einer der ersten toten Österreicher in Dachau

Vorbemerkung

Hans Karl Zeßner-Spitzenberg zählte zu den kompromisslosesten Gegnern des Nationalsozialismus innerhalb des Regierungslagers vor 1938. Als Professor an der Hochschule für Bodenkultur bekämpfte er mit Vehemenz seit Beginn der 1930er Jahre den Aktivismus der immer mehr ins nationalsozialistische Lager abgleitenden Studenten und die latente Tolerierung ihrer immer gewaltbereitere Ausmaße annehmenden Agitation durch mehrheitlich deutschnationale Hochschullehrer. Als Politiker glaubte er, durch eine Stärkung des Selbstbehauptungswillens Österreichs beitragen zu können, der Anschlusssehnsucht weiter Kreise der Bevölkerung entgegenzuwirken. Er war ein entschiedener Gegner jeder Form des Appeasements mit dem Nationalsozialismus, dessen Ideologie und Politik er zutiefst verabscheute, weshalb er auch dem Juli-Abkommen 1936 von Anfang an ablehnend gegenüberstand.

Zeßner war Teil des Establishments des autoritären Regierungslagers und blieb bis zu einem gewissen Grad dennoch ein Außenseiter. Ursächlich für dieses scheinbare Paradoxon waren in erster Linie sein mit einer fast kindlichen Verehrung für die im Exil lebende Kaiserfamilie einhergehender Legitimusismus sowie sein sehr weitgehendes Bekenntnis zu einer eigenständigen österreichischen Nation, weit hinausgehend über die regierungsamtliche Staatsdoktrin von Österreich als dem „zweiten, besseren deutschen Staat“.

Folgt man der These, wonach auch die Anstrengungen, den Nationalsozialismus vor 1938 in Österreich und von Österreich aus zu bekämpfen, Akte des Widerstandes bildeten,¹ so kann Hans Karl Zeßner-Spitzenberg als ein maßgeblicher Repräsentant dieser frühen und kompromisslosen antinationalsozialistischen Widerständigkeit angesehen werden.

Diese Bewertung erfolgt noch unabhängig von seinem persönlichen Verhalten ab dem 11. März 1938. Obwohl ihm sein späteres Schicksal als schlimmste

¹ Martin Kugler, Die frühe Diagnose des Nationalsozialismus. Christlich motivierter Widerstand in der österreichischen Publizistik, Frankfurt/M. 1995, S. 15 f.

von mehreren Möglichkeiten der absehbaren Verfolgung durch die Nationalsozialisten vor Augen stand, verzichtete Zeßner-Spitzenberg darauf, einen Fluchtversuch ins Ausland zu wagen. Er blickte seiner Verhaftung entgegen und hielt im KZ Dachau selbst als bereits vom Tod Gezeichneter an seinen Überzeugungen – der Ablehnung des Nationalsozialismus, seinem Bekenntnis zu Österreich und seiner tief empfundenen Religiosität – fest.

Es lohnt daher aus Sicht der Erforschung des österreichischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und seiner unterschiedlichen Motive, sich mit der Person Hans Karl Zeßner-Spitzenbergs näher zu beschäftigen, gerade oder auch weil der biographische Zugang ein komplexes Bild einer Persönlichkeit, nie ganz frei von Spannungen und Widersprüchen, zeichnet.²

Herkunft, familiäres Umfeld und frühes politisches Engagement

Die Familie Hans Karl Zeßner-Spitzenbergs entstammte den deutschsprachigen Gebieten Nordböhmens, genauer gesagt waren die Spitzenbergs in Dobritschan in der Nähe der Stadt Saaz ansässig. Schon sein Vater war als Abgeordneter des katholisch-konservativen Großgrundbesitzes im Böhmischem Landtag und als aktiver Duellgegner politisch tätig gewesen.³ Diese politische Ader übertrug sich auch auf den 1885 geborenen Sohn. Als Schüler wuchs er in der durch den Nationalitätenkonflikt aufgeheizten Stimmung, die nach den schweren Auseinandersetzungen um die so genannten Badenischen Sprachenverordnungen um die Jahrhundertwende ihren Höhepunkt erreichen sollte, auf. Gerade die deutschsprachigen Gebiete Böhmens stellten die Hochburgen der radikalen deutschnationalen Bewegung dar. Doch entwickelte Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, der auf dem stark vom Feudalismus geprägten Herrschaftssitz seiner Familie in Dobritschan erzogen worden war, schon früh eigenständige politische Vorstellungen.⁴ Basierend auf einem wirklichkeitsnah verstandenen Katholizismus waren es vor allem soziale Fragen seiner unmittelbaren ländlichen Umgebung, für die er sich zu interessieren begann und die ihn auch später immer wieder beschäftigen soll-

² Der vorliegende Beitrag baut auf früheren kleineren Beiträgen beider Verfasser zur Person Zeßner-Spitzenbergs auf, stellt aber zugleich eine Art Vorstudie zu einer ins Auge gefassten breiteren und auf zahlreichen, mittlerweile zugänglichen Primärquellen basierenden Biographie dar.

³ Vgl. etwa einen von seinem Vater mitunterzeichneten Aufruf prominenter Duellgegner aus dem Jahr 1901. Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Allgemeines Verwaltungsarchiv, Nachlass Funder, Mappe de Tacoli.

⁴ Zur Jugend Zeßner-Spitzenbergs: Maria Theresia Zacherl, Hochschulprofessor DDr. Hans Karl Zessner-Spitzenberg – Versuch einer Biographie, unveröffentlichtes Manuskript, Wien 1968, S. 9–38.

ten. Dem deutschnationalen Gedankengut stand er von Anfang an scharf ablehnend gegenüber. Auf Grund seiner sozialen Einstellung wandte er sich allerdings nicht wie die meisten seiner Standesgenossen den Katholisch-Konservativen, sondern der jungen Christlichsozialen Partei Karl Luegers zu. Bei den Reichsratswahlen 1907 engagierte er sich als Wahlredner für die Christlichsozialen und schloss persönliche Bekanntschaft mit den einflussreichen christlichsozialen Politikern Albert Geßmann und Richard Wollek. Schon damals redigierte er eine antimarxistische Landarbeiterzeitung, die er „Landtreue“ nannte. Zugleich gelang es ihm, eine allgemeine Arbeitsvertragsregelung mit den Arbeitern des familieneigenen Gutes zustande zu bringen. In der einschlägigen Literatur wird diese als der erste Kollektivvertrag bezeichnet.

Rechtswissenschaftler, Beamter und Legitimist in der jungen Republik

Zeßner studierte in Prag Jus, wo er 1909 promovierte. Später folgte noch ein Nationalökonomiestudium in Berlin. Dort erwarb er 1911 sein zweites Doktorat. Schon damals hatte er den Berufswunsch, eine akademische Laufbahn einzuschlagen. „Universitätsprofessor war mein Ziel; vor allem wegen der freien, unabhängigen Stellung, die ich für die gute Sache nützen wollte“, vertraute er später seinem Tagebuch an.⁵ Doch schlug er vorderhand die Laufbahn eines Verwaltungsbeamten ein. Über Zwischenstationen in Prag und Braunau kam er nach Wien ins Ackerbauministerium. Dort erlebte er das Kriegsende im Herbst 1918. Gemäß der kaiserlichen Weisung, sich den Nachfolgestaaten loyal zur Verfügung zu stellen, trat er in die Dienste des neuen Staates Deutschösterreich ein. Ende 1919 wurde er von Staatskanzler Karl Renner in die Staatskanzlei – ab 1920 Bundeskanzleramt – und zwar in den Verfassungsdienst, berufen. Renner war auf Grund Zeßners staatsrechtlicher Artikel auf ihn aufmerksam geworden. Im Verfassungsdienst arbeitete er unter der Leitung von Ministerialrat Georg Froehlich einige Zeit mit Hans Kelsen und Adolf Julius Merkl zusammen. Zeßners Aufgabengebiet bestand in erster Linie darin, die Landesgesetzgebung im Hinblick auf Verfassungskonformität und die Wahrung der Bundesinteressen zu überprüfen. Er war an sich Vertreter des Naturrechts, der sich gerne auf das göttliche Recht berief, doch in der Verwaltungspraxis arbeitete er meist wie ein Rechtspositivist.⁶

⁵ Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts, Wien (AKVI), Nachlass Zeßner-Spitzenberg, Sign. 2.859, Tagebuch Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, Eintragung vom 8. 9. 1913.

⁶ Über seine naturrechtlichen Grundüberzeugungen gibt seine im Herbst 1931 gehaltene Antrittsvorlesung an der Hochschule für Bodenkultur am ausführlichsten

Der verlorene Erste Weltkrieg, die Auflösung der alten Ordnung und die durch den Friedensvertrag von Saint Germain vorgenommene Reduktion des Vielvölkerstaates auf ein Restösterreich mit 6,5 Millionen Einwohnern und Einwohnerinnen bedeuteten für Zeßner, wie für viele seiner Zeitgenossen und Zeitgenossinnen, eine bis dahin unvorstellbare Katastrophe. Doch während bei so vielen anderen der Wunsch nach einem Anschluss an Deutschland aufkam, war diese Möglichkeit für ihn von Anfang an keine Alternative.

Zeßner schloss sich den ersten monarchistischen Gruppierungen um Prinz Johannes Liechtenstein an, aus denen das „Wiener Casino“ hervorging, das sich 1921 mit dem „Bund der Österreicher“ zum „Reichsbund der Österreicher“ vereinigte. In dessen Vorstand fungierte er zuerst als Schriftführer und später als Vizepräsident. Zugleich verblieb er in der Christlichsozialen Partei, umso mehr als sich gerade in Ostösterreich in den folgenden Jahren ein starker monarchistischer Flügel innerhalb derselben herausbilden sollte. Zeßner war Mitglied der Wiener Parteileitung. Beim sechsten Parteitag der Wiener Christlichsozialen im Oktober 1921 hielt er ein flammendes Plädoyer zugunsten des Legitimus.⁷ Zwei Jahre später initiierte er ein Gutachten, das die Christlichsozialen gemeinsam mit dem Volksbund der Katholiken in Auftrag gegeben hatten und das überprüfen sollte, inwieweit die Habsburgergesetze mit dem österreichischen Zivilrecht im Einklang standen. Persönlich entwickelte Zeßner eine glühende Anhänglichkeit nicht nur an die Monarchie, sondern vor allem an ihren letzten Regenten, den jungen Kaiser Karl. Nach dessen frühem Tod 1922 sah Zeßner-Spitzenberg in ihm das ideale Bild des katholisch-österreichischen Menschen schlechthin. Ihm widmete er auch einen beträchtlichen Teil seiner umfangreichen publizistischen Tätigkeit.⁸

1920 habilitierte sich Zeßner an der Hochschule für Bodenkultur für „Allgemeines und Österreichisches Verwaltungsrecht“. Die Habilitationsschrift „Einführung in die Landarbeiterfrage“ hatte er schon während seiner Tätigkeit im Ackerbaumministerium verfasst.⁹ Sie sollte das Verständnis für die ländliche Bevölkerung und ihre Arbeitsverfassung wecken. Dabei ging es Zeßner um den

Auskunft (siehe Fußnote 13). Als ein typisches Beispiel für seine praktische rechtspositivistische Arbeitsweise kann hingegen seine einige Monate zuvor erschienene Studie „Bodenreform im Sinne der Bundesverfassung“ gelten.

⁷ AKVI, Nachlass Zeßner-Spitzenberg, Sign. 2.859, Parteitagsrede vom Oktober 1921 (handschriftliches Manuskript).

⁸ Eine von ihm verfasste umfassende Biographie Karls wurde nicht mehr ganz fertig gestellt und erschien posthum 1953. Hans Karl Zessner-Spitzenberg: Kaiser Karl, aus dem Nachlass hrsg. von Erich Thanner, Salzburg 1953.

⁹ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, Einführung in die Landarbeiterfrage, 2. Aufl., Wien 1920.

Interessenausgleich zwischen dem landwirtschaftlichen Betrieb und den dort tätigen Lohnarbeitskräften. Als wesentliches Element dieses Ausgleichs betrachtete Zeßner eine eigene Landarbeiterrechtsordnung. In diesem Spezialrecht sollten alle wirtschaftlichen, technischen und sozialen Ordnungsbestrebungen ihren Niederschlag finden. Die Habilitationskommission fasste den Grundgedanken der Arbeit treffend und präzise zusammen: „Aus der Landarbeiterfrage zum Landarbeitsrecht.“¹⁰ Zeßner vertrat den Standpunkt, dass das Agrararbeitsrecht zwar in mancher Beziehung eine zivilrechtlich zu regelnde Materie wäre, dass aber die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zur öffentlich-rechtlichen Behandlung dieser Rechtsbeziehungen führen müssten. Bei der „Einführung in die Landarbeiterfrage“ handelte es sich weniger um eine rechtsdogmatische als um eine rechts- und vor allem sozialpolitische Arbeit. Umso deutlicher kommt dafür in der Studie Zeßners Sensorium für die Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen in der Landwirtschaft und sein daraus resultierendes soziales Empfinden zum Ausdruck. So erhob er für die damalige Zeit weitreichende soziale Forderungen wie die nach Einführung einer Landwirtschaftskrankenkasse, einer Altersversorgung für ländliche Tagelöhner, Versicherungen gegen Arbeitsmangel und einer öffentlich-rechtlichen Vertretung des Landarbeiterstandes als selbstständige Sektion innerhalb der Landesarbeiterkammer.

Zeßner-Spitzenberg hielt ab dem Zeitpunkt seiner Habilitation regelmäßig Vorlesungen an der Hochschule für Bodenkultur, setzte seine Publikationstätigkeit fort, u. a. mit einem 1930 erschienenen Abriss des österreichischen Agrarrechts.¹¹ Als Josef Bauer, der den Lehrstuhl für Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Hochschule innehatte und schon Zeßners Habilitation tatkräftig unterstützt hatte, 1931 emeritiert wurde, schlug das Professorenkollegium der Hochschule für Bodenkultur im Juni 1931 Zeßner primo loco für die Nachfolge vor.¹²

In seiner Antrittsvorlesung am 19. Oktober 1931 ging Zeßner programmatisch auf sein Selbstverständnis als Rechtslehrer an der Hochschule für Boden-

¹⁰ Zum Habilitationsverfahren Zeßners vgl.: Archiv der Universität für Bodenkultur, Wien (BOKU), Zl. 185/1920, 1524/1920, 1629/1920.

¹¹ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, *Das österreichische Agrarrecht: für Studium und Praxis im Grundriß systematisch dargestellt samt Rechtsquellenverzeichnis*, Wien 1930.

¹² In der Literatur wie auch zum Teil in den Akten der Hochschule für Bodenkultur wird der Lehrstuhl ab Mitte der 1920er Jahre wiederholt als „Lehrkanzel für Verfassungs- und Verwaltungsrecht“ bezeichnet. Das Ernennungsdekret des Unterrichtsministeriums spricht allerdings ausdrücklich von der Ernennung zum „ordentlichen Professor für Verwaltungslehre und Verwaltungsrecht“. BOKU, Zl. 778/1931, 778/1/1931.

kultur ein: „Hier ist praktisch einzuführen in das geltende positive Recht, in jene Parteien besonders, die der akademisch gebildete Landwirt, Forstwirt oder der Kulturtechniker im Berufsleben braucht.“¹³ Aber ebenso sei er sich der Pflicht bewusst, gerade an dieser Stelle auch vom Wesen und von den Grundlagen des Rechts, also von seinen rechtsphilosophischen Überzeugungen, zu sprechen.

Von der Österreichischen Aktion zur Österreichischen Nation

Schon in den 1920er Jahren begann Zeßner sein Gedankengebäude einer eigenen österreichischen Nation zu entwickeln. Wie er sich im Gegensatz zu vielen seiner Zeitgenossen schon vor 1918 nicht als Deutscher in einem Vielvölkerstaat, sondern als Österreicher im übernationalen Verständnis des Wortes gefühlt hatte, so glaubte er die Aufgabe des klein gewordenen Österreich nun darin zu erkennen, eine Brückenfunktion innerhalb des süd-osteuropäischen Raumes zu erfüllen. „Österreich als Restösterreich“, so schrieb er 1925, „verliert auf die Dauer seine abendländische Kraft und Wesensart, schon gar wenn angeschlossen an Preußen-Deutschland, soferne es nicht eben vorher oder doch zugleich sein übernationales Wesen in der Donaumonarchie pflegen und betätigen kann. Nur in dieser ist es wirklich Österreich; ohne sie bloß deutsche Ostmark im urältesten, ersten Sinn des bloßen Abwehrwalles.“¹⁴

Berührungspunkte fand Zeßner bei diesen Überlegungen mit Ernst Karl Winter. Beide sahen die Aufgabe Österreichs als die eines übernationalen Bindegliedes in Mitteleuropa und beide hatten wiederholt für ein österreichisches Nationalbewusstsein auf der Basis einer „sozialen Monarchie“ geworben. Gemeinsam mit den ebenfalls auf ihrer Linie liegenden Gesinnungsfreunden Alfred Missong, August Maria Knoll und Wilhelm Schmid begründeten sie im Herbst 1926 im Hause Zeßners die so genannte „Österreichische Aktion“. Deren sichtbares Ergebnis war der kurz darauf erschienene Sammelband mit gleichlautendem Titel, der eine Reihe von Vorträgen seiner Initiatoren enthielt. Sie formulierten ein eigenständiges Österreichbewusstsein, freilich basierend auf einer legitimistischen Grundlage. Im Beitrag Zeßners las sich dies wie folgt: „Das Österreich, dessen Name vom Hause Österreich und nicht vom Stammlande Österreich abgeleitet ist, [...] ist keine bloße Ostmark und kein deutsches Reichslehen, ist auch kein imperialistisches Österreich im Sinn zentralistischer Angliederung unterworfenen Provinzen unter Wien und das Erzösterreichische

¹³ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, *Der Rechtslehrer und das Wesen des Rechts*, Wien 1932, S. 9.

¹⁴ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, *Österreich, Anschluß und Abendland*, in: *Schönere Zukunft*. Kulturelle Wochenschrift, 29. 11. 1925, S. 222–224, hier 223.

Stammland, etwa nach preußisch-brandenburgischer Methode. Nein, es ist die durch das gottbegnadete Haus Österreich im grundlegenden Dreiklang böhmischer, ungarisch-kroatischer und erzösterreichischer Kulturkräfte im Herzen Österreichs begründete übernationale Völkerfamilie.“¹⁵

Der „Österreichischen Aktion“ blieb eine breite Resonanz versagt. Doch bildete sie einen geistesgeschichtlich bemerkenswerten Kontrapunkt einer Gruppe jüngerer Intellektueller gegen den latenten deutschnationalen Bodensatz der 1920er Jahre und gegen die mehr oder minder offen ausgesprochene Anschlusssehnsucht fast aller gesellschaftlicher Strömungen. Freilich sollen auch kritische Anmerkungen erwähnt werden. So hat Gerald Stourzh zum einen darauf hingewiesen, dass das „linke“ Denken der Autoren der Österreichischen Aktion sich in Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit im Rahmen einer stark von Vogelsang beeinflussten antikapitalistischen und antiliberalen Soziologie erschöpfte. Zum anderen wird die österreichische Idee eher schematisch aus dem Bekenntnis zu Katholizismus, monarchischem Legitimus und einer geistigen Verwandtschaft zum romanischen Kulturkreis, von dem die Erneuerung Europas auszugehen hätte, konstruiert und allem Germanischen, Protestantischen und Preußischen gegenübergestellt, wobei diese Begriffe „allzu undifferenziert als polemische Anti-Begriffe herangezogen werden“, wie es Stourzh formulierte.¹⁶ Und dennoch: Es handelte sich – auch unter Einbeziehung dieser Kritik – bei der Österreichischen Aktion um ein bemerkenswertes Plädoyer einer eigenständigen österreichischen Identität zu einem Zeitpunkt, als selbst im katholischen Lager der intellektuelle Mainstream praktisch ausschließlich von einer diffusen deutschen bzw. teils deutschnationalen Reichsromantik geprägt war. Mit der „Österreichischen Aktion“ hatte, wie Ernst Bruckmüller in seinem Standardwerk schrieb, eine österreichische Nationsidee jenseits eines Bekenntnisses zu einer deutschen Schicksals- oder zumindest Kulturgemeinschaft Konturen gewonnen.¹⁷

Die pointierte Betonung dieser eigenständigen österreichischen Identität stieß selbst innerhalb der legitimistischen Bewegung nicht überall auf Zustim-

¹⁵ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, Die Zukunft des Hauses Österreich, in: August M. Knoll / Alfred Missong / Wilhelm Schmid / Ernst K. Winter / Hans Karl Zeßner-Spitzenberg (Hrsg.), Die Österreichische Aktion. Programmatische Studien, Wien 1927, S. 285–302, hier 285 f.

¹⁶ Gerald Stourzh, Alfred Missongs historische Bedeutung – ein Geleitwort, in: Alfred Missong, Christentum und Politik in Österreich. Ausgewählte Schriften 1924–1950, hrsg. von Alfred Missong jun. in Verbindung mit Cornelia Hoffmann und Gerald Stourzh, Wien–Köln–Graz 2006, S. 47–68, hier 50.

¹⁷ Ernst Bruckmüller, Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse, 2. Aufl., Wien–Köln–Graz 1996, S. 309.

mung. Der Umstand, dass es auch innerhalb des Reichsbundes der Österreicher Persönlichkeiten gab, die eine national unterlegte Reichsidee, also die Restauration im Rahmen einer Wiederbelebung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und nicht der multiethnischen Monarchie vor 1914 befürworteten, zeigt, dass die in der Österreichischen Aktion vorgenommenen Formulierungen eines österreichischen Nationalgedankens mehr als bloß die unvermeidbare Begleiterscheinung der monarchistischen Propaganda darstellten.

Keine Kompromisse mit dem Nationalsozialismus

Zeßner-Spitzenbergs Professur an der Hochschule für Bodenkultur erhielt bald einen starken politischen Akzent. Die Hochschule für Bodenkultur war nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zu einer Hochburg unter den ohnedies vom deutschnationalen Gedankengut dominierten österreichischen Universitäten geworden. Dies bezog sich sowohl auf die Studenten als auch, mit wenigen Ausnahmen, auf die akademischen Lehrkräfte. Zeßner-Spitzenberg hinderte dies nicht, von Anfang an gegen die deutschnationale Agitation, die immer mehr zu einer nationalsozialistischen werden sollte, anzukämpfen. Schon Ende der 1920er Jahre hatte er Versuche, studentische Vertretungskörper nicht auf staatsbürgerlicher Basis, sondern auf Grund ethnischer Zugehörigkeit zu einer „Studentennation“ zu schaffen, vehement abgelehnt.¹⁸ Unmittelbar nach den letzten deutschen Reichstagswahlen vom 5. März 1933 sollte eine von der Deutschen Hochschülerschaft organisierte große „Anschlusskundgebung“ im Festsaal der Hochschule stattfinden. Innerhalb des Professorenkollegiums sprachen sich nur zwei Mitglieder, Zeßner-Spitzenberg und sein Kollege Emmerich Zederbauer, gegen eine Erlaubnis zur Abhaltung aus; unter anderem mit dem Argument, dass es dabei um eine parteipolitische Veranstaltung der NSDAP ginge. Tatsächlich erschien ein beträchtlicher Teil der Studenten in Parteiuniform, nationalsozialistische Reden wurden geschwungen und auf akademischem Boden verbotene Symbole getragen. Zeßner war vor allem über das Verhalten seiner Kollegen empört und verfasste einen eigenen Bericht an das Unterrichtsministerium, in dem er sich alterierte, dass die Manifestation im geschilderten nationalsozialistischen Sinn ablaufen konnte, „ohne dass auch nur ein Vorsitzender oder Lehrer als österreichischer Beamter im Sinne der dienstlichen Verantwortlichkeit oder

¹⁸ Paulus Ebner, *Krise in Permanenz (1918–1945)*, in: Manfried Welan (Hrsg.), *Die Universität für Bodenkultur. Von der Gründung in die Zukunft 1872–1997*, Wien–Köln–Weimar 1997, S. 65–139, hier 74. Zur Problematik insgesamt: Brigitte Lichtenberger-Fenz, „... Deutscher Abstammung und Muttersprache“. Österreichische Hochschulpolitik in der Ersten Republik, Wien–Salzburg 1990.

des Dienstes Miene gemacht hätte, gegen dieses unerhörte Vorgehen Protest einzulegen“.¹⁹

Die unter Duldung des Rektorats einsetzenden Ausschreitungen nahmen immer gewaltbereitere Formen an und führten ab dem Frühsommer 1933 zu einer wiederholten Schließung der Hochschule für Bodenkultur. Zeßner maß der Deutschen Studentenschaft die Hauptverantwortung zu und sah in ihr, anknüpfend an seine frühere Kritik, einen verfassungswidrigen Verein ohne hochschul- und vereinsrechtliche Grundlage.²⁰ Dies führte dazu, dass er selbst zum Ziel des nationalsozialistischen Terrors wurde. Im Jänner 1934 wurden erstmals seine Vorlesungen gestört, wiederholt wurde die Tür seines Dienstzimmers mit Hakenkreuzen beschmiert.²¹ Bald darauf, im Frühjahr 1934, explodierten vor und in der BOKU Sprengkörper, es kam zur Einsetzung eines Regierungskommissärs, dem der Rektor unterstellt war. Die studentische Autonomie wurde weitgehend beschnitten. In dieser angespannten Situation übernahm Zeßner die Funktion eines Disziplinaranwalts an seiner Hochschule. In etlichen Fällen sprach er sich gegen die Wiedezulassung nationalsozialistischer Studenten aus. Für Nazis wurde er dadurch noch mehr zu einem expliziten Feindbild, dem sie mit besonderem Hass begegneten.²²

Zeßner-Spitzenberg hatte sich 1933/34 von Anfang an voll hinter den autoritären Regierungskurs gestellt. Für ihn stand zu diesem Zeitpunkt der Kampf um die Selbstständigkeit Österreichs im Vordergrund. Während etwa sein Weggefährte Ernst Karl Winter Kritik am eingeschlagenen autoritären Kurs übte, sind vergleichbare Äußerungen von Zeßner nicht bekannt. Er stand der Sozialdemokratischen Partei ablehnend gegenüber, ungeachtet seines vor allem publizistisch wiederholt bekundeten großen Verständnisses für die Arbeiterschaft und ihre sozialen Anliegen. Der Grund für dieses vermeintliche Paradoxon ist wohl in erster Linie in der zunehmenden Aversion gegenüber der Monarchie und dem Haus Habsburg zu suchen, in die sich die bis 1918 über weite Strecken staaterhaltend agierende Sozialdemokratie seit dem Beginn der Republik, vor allem unter dem Einfluss Otto Bauers, mehr und mehr hineinsteigerte. Ernst Hanisch spricht vom leidenschaftlichen „Habsburg-Furor“ der Sozialdemokratie, der damals einsetzte.²³

¹⁹ Zit. nach: Paulus Ebner, Politik und Hochschule. Die Hochschule für Bodenkultur 1914–1955, Wien 2002, S. 73.

²⁰ Ebenda, S. 78.

²¹ Ebenda, S. 82.

²² Ebenda, S. 93, 109.

²³ Ernst Hanisch, Der große Illusionist. Otto Bauer (1881–1938), Wien–Köln–Weimar 2011, S. 190.

Dazu kam, dass sich mit dem neuen Selbstverständnis, das sich das Regime durch den Rückgriff auf die ideologischen Grundlagen der Habsburgermonarchie von Anfang an gab, für den Legitimus weitgehende ideologische Partizipationsfelder boten. Schließlich zählte Zeßner-Spitzenberg zu jenen, die – aus ihrer theoretischen Befassung mit der katholischen Sozial- und Gesellschaftslehre heraus – einer ständischen Neuordnung des Staates im Geiste der durch die päpstlichen Sozialzyklen vorgegebenen Prinzipien mit Sympathie begegneten.

Mit dem Beginn der Kanzlerschaft Kurt Schuschniggs wurde er einer der Kontaktleute zwischen dem ihm persönlich bekannten Bundeskanzler und Otto von Habsburg, den er durch zahlreiche Besuche mittlerweile gut kannte. So gehörte Zeßner jener im Frühjahr 1934 nominierten Kommission an, die die Modalitäten um die Aufhebung der Habsburger-Gesetze vorbereiten sollte. Anfang November 1934 berief ihn Schuschnigg als Vertreter des Eltern- und Erziehungswesens in den Bundeskulturrat, eines der nach der Mai-Verfassung eingerichteten so genannten vorbereitenden Organe der Bundesgesetzgebung, war Zeßner doch neben seinen sonstigen Aktivitäten auch über viele Jahre auf dem Gebiet des katholischen Schulwesens führend tätig gewesen. Im Bundeskulturrat tat sich Zeßner-Spitzenberg in den folgenden Jahren nicht nur als einer der eifrigsten Mandatare hervor, sondern er trat auch sehr engagiert für die Erweiterung der parlamentarischen Kompetenzen der vorberatenden Körperschaften ein, die in der Verfassungsrealität des autoritären Österreich nur eine marginale Rolle spielten.²⁴ Wie sehr sich Zeßner-Spitzenberg als Parteigänger des Regierungslagers verstand, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass er die 1935 als verpflichtend eingeführten Vorlesungen „zur weltanschaulichen und staatsbürgerlichen Erziehung“ nicht nur an seiner Hochschule für Bodenkultur, sondern auch an der Hochschule für Welthandel und ab 1937 an der Technischen Hochschule hielt.

Die erhaltenen Skripten lassen erkennen, dass Zeßner diesbezüglich eine Art Allgemeine Staatslehre, ergänzt durch Verfassungsgeschichte und -gegenwart sowie die „weltanschaulichen Grundlagen unseres Staates und unserer Kultur“ vortrug.²⁵ Zeßner nahm die Präambel der Verfassung 1934 mit ihrer Anrufung Gottes zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen. Sie wurde von ihm als Be-

²⁴ Vgl. dazu im Detail: Helmut Wohnout, Verfassungstheorie und Herrschaftspraxis im autoritären Österreich. Zu Entstehung und Rolle der gesetzgebenden Organe 1933/34–1938, phil. Diss. 1990, S. 416–496.

²⁵ „Vorlesungen über weltanschauliche und staatsbürgerliche Erziehung, gehalten von Herrn Baron Professor Dr. Zessner-Spitzenberg an der Hochschule für Bodenkultur in Wien. Vom Herrn Vortragenden durchgesehen und genehmigt.“ Maschinschriftlich vervielfältigtes Skriptum, 1936, S. 1. Privatarchiv der Verfasser, die Herrn Dipl.-Ing. Harald K. Berger für die Überlassung des Skriptums danken.

kenntnis und Programm verstanden: Bekenntnis zu Gott, zu der ewigen Ordnung in Natur und Übernatur, in Sitte und Recht, Bekenntnis aber auch zum österreichischen Staat, zum österreichischen Vaterland, seiner ständischen Konzeption und seiner Geschichte. Sein Österreichbewusstsein kam in den Schlussgedanken seiner Vorlesung noch deutlicher zum Ausdruck. Das österreichische Volk, das vielfältiger Herkunft sei, so Zeßner, brauche zur Erfüllung seiner Kulturaufgabe einen selbstständigen österreichischen Staat. Dies umso mehr, als ringsum einem Europa zerreißen Nationalismus, ja Nationalegoismus gehuldigt werde. Mit dem ihm eigenen Pathos versuchte er seine Hörer „zu Vaterlandsbewusstsein, Vaterlandsliebe und vaterländischer Hingabe“ aufzurütteln.²⁶

In seiner Gegnerschaft dem nationalsozialistischen Deutschland gegenüber kannte der ansonsten verbindliche und konsensorientierte Zeßner-Spitzenberg keinen Pardon. Schon nach der Niederschlagung des Februar-Aufstandes hatte er unmissverständlich und öffentlich vor jeder Annäherung an Deutschland gewarnt: „Darum nur jetzt keine Kompromisse mit dem Hitlertum. Nur jetzt kein offenes oder geheimes Packeln Berufener oder gar Unberufener mehr. [...] Das ‚Dritte Reich‘ hat sich in diesen Tagen der Not des heimatstreuen Österreich in seinem ganzen brutalen und unversöhnlichen Hass enthüllt. Der Trennungsstrich muss unerbittlich gezogen bleiben, bis Österreich völlig konsolidiert ist und bis der tolle Wahn des Hitlertums sich jenseits der Grenzen ausgetobt hat.“²⁷

Umso betroffener war er über die mit dem Juliabkommen 1936 eingeschlagene Einbeziehung der „betont Nationalen“ um Edmund Glaise-Horstenau und Arthur Seyss-Inquart. Diesem geänderten Kurs Schuschniggs stand er von Anfang an ablehnend gegenüber. Mit dem regierungsamtlichen Selbstverständnis von Österreich als dem zweiten, besseren deutschen Staat konnte er in Wirklichkeit nichts anfangen. Denn sein dezidiert österreichisches Nationalbewusstsein ging schon damals viel weiter: Nicht einer deutschen Sprachnation im Herderschen Sinn, sondern der aus seiner Geschichte und seinem Volkstum sich eigenständig entwickelnden österreichischen Kultur- und Willensnation fühlte er sich zugehörig: „Denn nicht die Sprache, sondern die Art des Kulturwillens, die Sendung und die Lebensform sind das Entscheidende für ein Volkstum“.²⁸ Ein solch eindeutiges Österreichbekenntnis findet sich in den 1930er Jahren außer bei Zeßner und seinen unmittelbaren Gesinnungsfreunden bei kaum jemandem im Regierungslager.

²⁶ Ebenda, S. 54.

²⁷ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, Zu den blutigen Februartagen, in: Vaterland. Blätter für katholisches Österreichertum, Jg. 10, Februar 1934, S. 146–150, hier 149 f.

²⁸ Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, Österreichische Grunderkenntnisse, in: Der christliche Ständestaat. Österreichische Wochenschrift, 9. 1. 1938.

Leiter des Traditionsreferats der Vaterländischen Front

Bundeskanzler Schuschnigg war stets darauf bedacht, Persönlichkeiten seines Vertrauens als Verbindungsmänner zu den in die Vaterländische Front zu integrierenden Gruppen zu finden. So griff er bereitwillig den ihm von legitimistischer Seite unterbreiteten Vorschlag auf, Zeßner-Spitzenberg mit der Führung des im Februar 1937 ins Leben gerufenen so genannten Traditionsreferates der Vaterländischen Front zu betrauen.

Schon 1933 hatte es Pläne gegeben, die legitimistischen Gruppierungen in die Vaterländische Front einzugliedern. Auf Grund seiner persönlichen Überzeugungen stand auch Schuschnigg dem Legitimus nahe. So war er als junger Abgeordneter an den ersten Versuchen einer Vermögensrestitution an die Habsburger in den 1920er Jahren beteiligt und gehörte dem Reichsbund der Österreicher als einfaches Mitglied an.²⁹ Für ihn war die Restauration ein wünschenswertes Endziel seiner Politik, aber kein tagesaktuelles Thema. Auch wenn er nach seiner Regierungsübernahme eine Annäherung der Legitimisten an die Regierung weiter förderte und durch die Aufhebung der Habsburgergesetze dazu einen wesentlichen atmosphärischen Beitrag leistete, so wusste er doch, dass auf Grund der außenpolitischen Konstellation im Hinblick auf Frankreich und die Länder der Kleinen Entente seinen diesbezüglichen Bestrebungen enge Grenzen gesteckt waren. Nach Gesprächen, deren Anfänge bis in den Herbst 1935 zurückreichten, kam es im Februar 1937 zur Gründung des Traditionsreferats.³⁰ Zeßner-Spitzenberg, der bereits in die vorbereitenden Verhandlungen eingebunden war, wurde zu dessen Leiter bestellt. Für Schuschnigg kam die Einrichtung des Traditionsreferates auch deshalb gelegen, bildete es doch einen Ausgleich gegenüber dem am anderen Ende des politischen Spektrums verfolgten Kurs der Einbeziehung gemäßigt nationaler Kräfte in die Vaterländische Front durch die gleichzeitig erfolgte Etablierung des so genannten Volkspolitischen Referats. Letzteres war der Versuch, gemäßigt deutschnationalen Kräften ein Betätigungsfeld innerhalb der staatsbejahenden Front zu bieten und damit ihr Abgleiten zu den Nationalsozialisten zu verhindern. Tatsächlich war es jedoch nur eine weitere Etappe der nationalsozialistischen Durchdringung, die vor allem vom deutschen Botschafter in Österreich, Franz von Papen, betrieben wurde und in Verfolgung ihres so genannten evolutionären Weges immer mehr staatliche Institutionen mit nationalsozialistischen Parteigängern zu unterwandern suchte. Das Tra-

²⁹ Vgl. dazu: Kurt Schuschnigg, *Dreimal Österreich*, Wien 1937, S. 138 f.

³⁰ Vgl. dazu im Detail: Helmut Wohnout, *Das Traditionsreferat der Vaterländischen Front. Ein Beitrag über das Verhältnis der legitimistischen Bewegung zum autoritären Österreich 1933–1938*, in: *Österreich in Geschichte und Literatur*, 36/2 (1992), S. 65–82.

ditionsreferat war als Kompensation in die entgegengesetzte Richtung gedacht. Bestand offiziell seine Aufgabe lediglich in der Pflege der ungebrochenen Einheit der durch Jahrhunderte reichenden alt- österreichischen Tradition, wie es etwas gewunden hieß, so handelte es sich tatsächlich dabei um den Ausgleich gegenüber dem monarchistischen Lager als dem diametralen Gegenpol zum deutschnationalen Lager.

Doch sollte sich die gesamtpolitische Situation sehr bald zu Ungunsten des Traditionsreferates verändern. Denn immer offener trat die totale Ablehnung des nationalsozialistischen Deutschen Reiches gegenüber allen restaurativen Tendenzen hervor. Anlässlich seines Besuches Ende Februar 1937 kündigte der deutsche Reichsaußenminister Konstantin Neurath gegenüber Schuschnigg unverblümt ein militärisches Eingreifen des Deutschen Reiches für den Fall einer Restauration in Österreich an. Nicht grundlos sollte im Juni 1937 der deutsche Aufmarschplan gegenüber Österreich den Decknamen „Sonderfall Otto“ erhalten. Dazu kam, dass die deutsche Politik in ihrer völligen Ablehnung der Restauration sich mit den Staaten der Kleinen Entente eins wusste und dies auch geschickt auszunützen verstand.³¹ Was aber noch schwerer wog, war der Umstand, dass Italien, das bis dahin als Schutzmacht Österreichs restaurativen Tendenzen durchaus wohlwollend gegenübergestanden war, unter dem Einfluss seiner enger gewordenen Beziehungen zum Deutschen Reich ebenfalls in das Lager der Gegner der Legitimisten überwechselte. Offiziell bekam dies Schuschnigg anlässlich seines Zusammentreffens mit Mussolini in Venedig im April 1937 zu spüren.³²

Für das Traditionsreferat Zeßner-Spitzenbergs bedeutete dies, dass es – kaum aus der Taufe gehoben – schon wieder zu einem Schattendasein verurteilt war. Je mehr Schuschnigg klar wurde, dass jede Förderung der betont österreichisch ausgerichteten monarchistischen Gruppen vom Deutschen Reich als Bruch des Juli-Abkommens ausgelegt wurde, desto distanzierter verhielt er sich gegenüber allen Initiativen Zeßner-Spitzenbergs. Der Generalsekretär der Vaterländischen Front, Guido Zernatto, versuchte die Tätigkeiten Zeßner-Spitzenbergs nach Möglichkeit zu behindern und wusste eine Verbreiterung des Traditionsreferates weitgehend hintanzuhalten. So blieb Zeßner-Spitzenberg nichts anderes übrig, als sich auf einzelne, kleinere Aktivitäten zu beschränken, um Kontinuitäten zur

³¹ Gerald Stourzh, Die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung gegenüber der nationalsozialistischen Bedrohung, in: Ders., Der Umfang der österreichischen Geschichte. Ausgewählte Studien 1990–2010, Wien–Köln–Graz 2011, S. 181–210, hier 204.

³² Angelo Ara, Die italienische Österreichpolitik 1936–1938, in: Gerald Stourzh / Birgitta Zaar (Hrsg.), Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938, Wien 1990, S. 111–129, hier 121 f.

Zeit vor 1918 herzustellen und Meldungen über Missachtungen des Juli-Abkommens seitens nationalsozialistischer Stellen weiterzugeben. Dabei hatte Zeßner hochfliegende Pläne mit dem Traditionsreferat gehabt. Doch kamen diese über das Planungsstadium nicht hinaus. So schwebte Zeßner-Spitzenberg etwa vor, mit dem Traditionsreferat ein wissenschaftliches Zentrum eines genuinen österreichischen Geschichtsbewusstseins als Kontrapunkt zu der von den historischen Universitätsinstituten vertretenen gesamtdeutschen Geschichtsauffassung zu schaffen.

Nachdem Zeßner zu Zernatto jedes Vertrauen verloren hatte, wandte er sich am 19. Oktober 1937 mit einem in sehr bestimmtem Ton gehaltenen Memorandum direkt an Schuschnigg als Frontführer der Vaterländischen Front. Darin berief er sich explizit auf seine Stellung als Interessenvertreter der legitimistischen Bewegung und drohte indirekt, eine weitere Zurückstellung des Traditionsreferats würde die künftige Unterstützung legitimistischer Kreise gegenüber der Vaterländischen Front ernsthaft in Frage stellen.³³

Aktivitäten in elfter Stunde

In den Zeitraum zwischen Ende 1937 und März 1938 fällt die Rettung der Zeitschrift *Der Christliche Ständestaat*. Diese von dem aus Deutschland emigrierten Universitätsprofessor Dietrich von Hildebrand 1933 mit ausdrücklicher, auch finanzieller Unterstützung von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß gegründete Wochenschrift war weit mehr als ein bloßes Sprachrohr der Regierung, wie man auf Grund des Titels vermuten könnte. Sie wurde bald zum schärfsten publizistischen Kritiker des nationalsozialistischen Deutschland in Österreich. Alle Annäherungsversuche der beiden Staaten wurden höchst argwöhnisch betrachtet und *Der Christliche Ständestaat* entwickelte sich zu einem Gegengewicht zu der lange Zeit einflussreichsten katholischen Zeitschrift mit dem Titel *Schönere Zukunft*. Diese von Josef Eberle herausgegebene Wochenschrift nahm insbesondere nach der Machtübernahme Hitlers in Deutschland eine immer stärker deutsch-national orientierte Richtung ein und bildete eines jener Foren, in denen einer möglichen Zusammenarbeit zwischen Kirche und Nationalsozialismus breiter Raum eingeräumt wurde.³⁴

³³ ÖStA, Archiv der Republik (AdR), BKA-Präsidium, Politisches Büro, Zl. 2116/1937 (19. 10. 1937).

³⁴ Zur „Schöneren Zukunft“ im Spannungsfeld von Kirche und Nationalsozialismus: Peter Eppel, *Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Die Haltung der Zeitschrift „Schönere Zukunft“ zum Nationalsozialismus in Deutschland 1934–1938*, Wien–Köln–Graz 1980.

Auf Grund seiner redaktionellen Linie einer konsequenten Gegnerschaft gegenüber dem Nationalsozialismus und der führenden Rolle deutscher Emigranten innerhalb der Redaktion geriet *Der Christliche Ständestaat* nach dem Juli-Abkommen 1936 immer mehr in die Defensive, hoffte Schuschnigg doch mit einer Ausgleichspolitik dem Deutschen Reich gegenüber die Unabhängigkeit zu sichern. Er ließ die Zahlungen seitens der Regierung an die Zeitschrift einstellen und favorisierte seinerseits die Gründung der unter der redaktionellen Leitung Johannes Messners stehenden *Monatsschrift für Kultur und Politik*. Bald geriet *Der Christliche Ständestaat* in erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten und der unbequem gewordene Dietrich von Hildebrand musste sich als Herausgeber zurückziehen.³⁵ Zeßner-Spitzenberg hatte in diesem ihm ideologisch so nahestehenden Blatt immer wieder Beiträge publiziert, nun ging es ihm darum mitzuhelfen, das Überleben der Zeitschrift zu sichern und daraus vielleicht ein Sprachrohr für das Traditionsreferat zu machen.

Zur treibenden Kraft bei der Rettung der Zeitung wurde Hermann Görge, ursprünglich ebenfalls ein Emigrant aus Deutschland, der 1937 eingebürgert wurde. Zeßner-Spitzenberg hatte den jungen, vor Arbeitseifer sprühenden Historiker und Publizisten im Rahmen der Salzburger Hochschulwochen kennen gelernt.³⁶ Schon 1936 hatten sie dort gemeinsam bei der von Zeßner erstmals durchgeführten Österreichischen Akademie eine große Vortragsreihe zur „Entwicklung des österreichischen Staatsgedankens“ veranstaltet. Görge avancierte binnen kurzem zu einem der Hauptvertreter einer vaterländisch-österreichischen historischen Publizistik. Mit seiner christlichen und übernational-großösterreichischen Reichsidee, die in der Vielvölkermonarchie vor 1914 die Fortsetzung der Idee eines übernationalen Heiligen Römischen Reiches (*Sacrum Imperium*) sah, knüpfte er an die Österreichische Aktion und ihre Protagonisten an. Insbesondere legitimistischen Kreisen galt er bald als Autorität in Fragen der österreichischen Reichsidee. Aus Sicht der Regierung begrüßte man zwar eine historische Abstützung des österreichischen Unabhängigkeitsgedankens, freilich zählte auch Görge zu den Kritikern des Juli-Abkommens und hielt sich dabei weit weniger als sein Mentor Zeßner öffentlich zurück.

Durch Vortragsreisen, die zum Teil von Zeßner im Rahmen des Traditionsreferats finanziert wurden, glaubte Görge in der Tschechoslowakei Reserven gegen eine engere Verbindung zu Österreich aufbrechen zu können. Er beklagte die fehlende Gleichberechtigung der Slawen in der Donaumonarchie und plädierte

³⁵ Zur Wochenschrift „Der christliche Ständestaat“ im Detail: Rudolf Ebner, *Die österreichische Wochenschrift „Der christliche Ständestaat“*. Deutsche Emigration in Österreich 1933–1938, Mainz 1976.

³⁶ Für das Folgende: Elke Seefried, *Reich und Stände. Ideen und Wirken des deutschen politischen Exils in Österreich*, Düsseldorf 2006, S. 181–189.

für eine künftige Donauföderation auf christlicher und föderaler Basis. Immerhin konnte er Kontakte zu Ministerpräsident Milan Hodža knüpfen, ja selbst bis zu Staatspräsident Eduard Beneš vordringen. Über Hodža gelang es Görgen, die erforderlichen finanziellen Mittel zur Rettung des *Christlichen Ständestaates* zu beschaffen. Als Emigrant konnte er sich aber nicht selbst an die Spitze des Wochenblattes stellen, war doch schon Hildebrand im Hinblick auf das Juli-Abkommen nicht mehr tragbar gewesen. So wurde eine österreichische Kulturvereinigung zur Rettung der Zeitschrift ins Leben gerufen. An deren Spitze stand Zeßner-Spitzenberg, der sich im Jänner 1938 die Herausgeberschaft zu übernehmen bereit erklärte. Die Bedingungen im Hinblick auf die Blattlinie, die er Görgen gegenüber geknüpft hatte, fassten sein politisches Credo wenige Wochen vor dem „Anschluss“ zusammen: „Es müssen österreichische Staatsidee, österreichische Unabhängigkeit, berufsständische Ordnung und der Geist der rechten Mitte zwischen Diktatur und Parteienparlamentarismus vertreten werden; ohne regierungsabhängig zu werden, darf das Blatt die für den Kampf um Österreichs Selbständigkeit erforderlichen loyalen Beziehungen zur Bundesregierung und Vaterländischen Front nicht vernachlässigen. Das Blatt muss katholisch-dogmatisch einwandfrei und korrekt geführt sein und in christlicher Weltanschauung wurzeln. [...] Es muß den Nationalsozialismus nicht nur als Parteisache, sondern auch als Weltanschauung energisch, wenn auch immer sachlich bekämpfen. [...] Es muss bewußt und klar die österreichische Tradition pflegen, im bisherigen Ausmaß Sympathien für den auf das heutige Österreich beschränkten monarchistischen und legitimistischen Gedanken offen bekunden. [...] Es soll, mehr als bisher, völkerverbindende kulturelle Beziehungen zu den Völkern und Staaten des Donauraumes systematisch pflegen und fördern [...]“³⁷

Dass Ende 1937/Anfang 1938 als „Betont-Nationale“ getarnte Nationalsozialisten hinter der Fassade der Vaterländischen Front immer offener ihre Gesinnung zur Schau tragen konnten und man regierungsseitig nur mehr halbherzig gegen solche Tendenzen vorging, deprimierte Zeßner zutiefst. Seine Zuversicht begann zu schwinden; in einem VF-internen Papier sprach er Anfang Jänner 1938 von einer „entmutigende[n] Verwirrung“ in vaterländischen Kreisen. Vehement widersprach er der These, dass Männer, die sich gesinnungsmäßig zum Nationalsozialismus bekannten, in der Vaterländischen Front mitarbeiten konnten, solange sie sich „rein äußerlich“ zu den Grundsätzen der Front bekannten: „Ganz besonders gefährlich und daher mit allem Nachdruck zurückzuweisen ist die These, dass Nationalsozialismus als Weltanschauung und bloßes (gefühlsmä-

³⁷ Deutsches Exilarchiv in der Deutschen Bibliothek, Frankfurt/M., EB 92/311, Nachlass Hermann Mathias Görge I A 549 (Schreiben Zeßner-Spitzenberg an Görge, 15. 1. 1938). Die Kenntnis des Briefes verdanken die Verfasser Dr. Elke Seefried.

ßiges) Bekenntnis, bei Verzicht auf parteimäßige Betätigung, mit dem Österreichertum und mit den Grundsätzen der Vaterländischen Front vereinbar sei [...].“ Es sei zu befürchten, so Zeßner weiter, dass die Frontführung, also Bundeskanzler Schuschnigg und sein engstes Umfeld, „in Unterschätzung der Verbissenheit und Hemmungslosigkeit der nationalsozialistischen Psyche und in Verkennung des absoluten Totalitätsanspruchs desselben und seiner philosophischen Grundlagen ein ganz gefährliches Einbruchstor für die zerstörerischen Kräfte des österreichischen Nationalsozialismus in die Vaterländische Front eröffnen könnte, oder vielleicht schon aufgetan hat. Denn es gibt im Nationalsozialismus keine Trennung von Partei und Staat, der alle Deutschen umfassen wollenden Nation.“³⁸ Doch Zeßners Warnungen verhallten ungehört, im Gegenteil: Seine im zitierten Memorandum gehegten Befürchtungen gingen durch das zwischen Hitler und Schuschnigg bei ihrem Treffen in Berchtesgaden am 12. Februar 1938 vereinbarte Abkommen über weite Strecken in Erfüllung.

So verwundert es nicht, dass sich bei Zeßner nach dem Bekanntwerden der am Berghof getroffenen Abmachungen tiefer Pessimismus bezüglich der Erhaltung der staatlichen Selbstständigkeit breitmachte. Erst als er in seiner Funktion als Bundeskulturrat die emphatische Ansprache Schuschniggs vor dem Bundestag am 24. Februar 1938 miterlebte, schöpfte er nochmals neuen Mut. Bei dieser Rede trat Schuschnigg, der zuvor bei großen Auftritten oft Probleme gehabt hatte, die Distanz zu seinen Zuhörern und Zuhörerinnen zu überwinden, aus seinem Schatten. Er präsentierte sich mit großem Pathos als kämpferischer und entschlossener Verteidiger der österreichischen Eigenstaatlichkeit gegenüber dem Nationalsozialismus, nachdem Hitler einige Tage zuvor vor dem Reichstag seine Zusage an Schuschnigg, die staatliche Unabhängigkeit zu respektieren, bereits wieder relativiert hatte.³⁹ Wie viele der Zuhörer, vermochte der Bundeskanzler auch Zeßner mitzureißen. In seinen Erinnerungen an diese Rede hielt Edmund Glaise-Horstenau, der, wie erwähnt, am anderen Ende des Spektrums innerhalb des Regierungslagers stand, nicht ohne Sarkasmus fest: „Dass es unter den Klatschern auch ehrlich Begeisterte gab, ist sicherlich nicht zu leugnen. Besonders erinnere ich mich des gutmütigen Überösterreichers Baron Zessner, der sich in

³⁸ Robert Kriechbaumer (Hrsg.), *Österreich! und Front Heil! Aus den Akten des Generalsekretariats der Vaterländischen Front. Innenansichten eines Regimes*, Wien–Köln–Weimar 2005, S. 397 f.

³⁹ Selbst unvoreingenommene Beobachter attestierten Schuschnigg, mit seiner zündenden Rede, die sehr emotional mit dem Ausruf „Rot-weiß-rot bis in den Tod“ endete, in einer bis dahin bei ihm nie erlebten Weise Begeisterung unter seinen Zuhörern hervorgerufen zu haben. Vgl. dazu: Helmut Wohnout, *Regierungsdiktur oder Ständeparlament? Gesetzgebung im autoritären Österreich*, Wien–Köln–Graz 1993, S. 301–303.

einer wahren Ekstase befand.⁴⁰ Am nächsten Tag beschloss das Professorenkollegium der Hochschule für Bodenkultur in einer ad hoc einberufenen Sitzung eine frenetische Solidaritätsadresse an Bundeskanzler Schuschnigg. Man geht wohl nicht fehl anzunehmen, dass diese auf Betreiben Zeßners zustande kam.⁴¹ Zugleich wandte sich Zeßner nochmals schriftlich an Schuschnigg und beschwor den Bundeskanzler unter Bezugnahme auf dessen Rede, „dem Traditionsreferat nun endlich nach Monaten ärgster Zurücksetzung und Verschweigung in der Öffentlichkeit, die diesem Referat gebührende Stellung, Freiheit und Aktivität“ einzuräumen.⁴²

Nach der Ankündigung der Volksabstimmung am 9. März 1938 stellte sich das Traditionsreferat wie die gesamte legitimistische Bewegung voll in den Dienst der kurzfristig angelaufenen Werbekampagne für das Plebiszit. Zeßner verfasste und verbreitete bis zur buchstäblich letzten Minute Propagandaschriften und war als Redner unterwegs. Unter dem Titel „Wir stehen bereit“ erschien noch am 11. März ein Flugblatt aus seiner Feder. Zugleich redigierte er einen Aufruf, der am Tag der Volksabstimmung, dem 13. März, auf der ersten Seite des *Christlichen Ständestaates* unter dem Titel „Jetzt heraus mit dem Bekenntnis“ erscheinen sollte. Seine letzten Sätze lauteten: „Jawohl, es ist Zeit, vor Gott und der Geschichte, vor der Heimat, vor dem Abendland und vor der ganzen Menschheit zu bekennen: ‚Wir wollen Österreich, Österreich und nur Österreich!‘“⁴³ Doch war diese letzte Nummer des *Christlichen Ständestaates* nur noch an einigen Zeitungskiosken in Prag und Brünn zu erhalten, in Wien wurde sie nicht mehr ausgeliefert.

Verhaftung und Tod in Dachau

Noch in der Nacht vom 11. auf den 12. März kam ein Telefonat Zeßners mit Otto Habsburg in Steenockerzeel zustande. Der Kaisersohn forderte seine Anhänger auf, keinen Widerstand zu leisten, und riet Zeßner dringend, sich aus Gründen

⁴⁰ Peter Broucek (Hrsg.), Ein General im Zwielficht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau, Bd. 2, Wien–Köln–Graz 1983, S. 232.

⁴¹ Ebner, Politik, S. 104.

⁴² Deutsches Bundesarchiv Koblenz, Nachlass Seyss-Inquart, NL 180, Faszikel 26, „Neues Memorandum nach der Kanzlerrede vom 24. Februar, 25. 2. 1938“. Die Verfasser danken die Kenntnis des Schreibens Herrn Univ.-Prof. Dr. Gerald Stourzh.

⁴³ Der christliche Ständestaat. Österreichische Wochenhefte, 13. 3. 1938. Da diese Nummer in Österreich nicht mehr erschien, liegt sie in österreichischen Bibliotheken nicht auf. Eine Kopie dieser letzten Nummer befindet sich im Privatarchiv der Verfasser.

seiner persönlichen Sicherheit ins Ausland abzusetzen. Dieser zögerte, gab aber vorerst den Beschwörungen Habsburgs nach.⁴⁴ Doch entschied er sich nach zwei Tagen, während derer er in einem Frauenkloster nahe dem Cobenzl am Stadtrand Wiens untertauchte, anders und gab den ursprünglich gefassten Fluchtplan auf.⁴⁵ Er fertigte eine Art politisches Testament an und kehrte nach Hause zu seiner Frau und seinen sechs Kindern zurück. Dort hatte bereits die erste von insgesamt sieben Hausdurchsuchungen stattgefunden. In den Morgenstunden des 14. März erhielt er die Nachricht, als Hochschulprofessor an der Boku beurlaubt zu sein. Daraufhin stellte er sich im Laufe des Tages selbst der Gestapo, wurde aber vorerst wieder nach Hause geschickt. Seine Verhaftung erfolgte am 18. März in der Früh. Während Zeßner den Gottesdienst in der unweit seines Wohnorts gelegenen Kirche Maria Schmerzen besuchte, erschienen dort Gestapo-Männer. Die Bitte, ihn noch die Kommunion empfangen zu lassen, wurde abgelehnt. Er konnte nur mehr zu Hause das Notwendigste einpacken und wurde ins Polizeigefängnis Elisabethpromenade gebracht. Am 29. April 1938 erfolgte die Überstellung ins Landesgericht. Während seiner gesamten Haftzeit hielt er allen Schikanen zum Trotz mutig an seinen politischen und religiösen Überzeugungen fest. Er versuchte seinen Mithäftlingen religiös wie menschlich eine Stütze zu sein, manchen unter ihnen galt er bald als „Engel der Zelle“, wie nachträgliche Berichte dokumentierten.⁴⁶

Am 16. Juli wurde Zeßner nach Dachau gebracht. Der Ablauf der Österreichertransporte nach Dachau, die jeweils nach demselben Schema verliefen, war gekennzeichnet durch eine besondere Gewalttätigkeit seitens bayerischer SS-Mannschaften, die die Häftlinge am Westbahnhof übernahmen. In den Worten Rudolf Kalmars, der schon mit dem ersten Transport nach Dachau kam, hörten die Gefangenen ab dem Moment der Übergabe an die SS auf, Menschen zu sein. Friedrich Funder, Häftling des zweiten Österreichertransportes, schilderte das Procedere, demzufolge die Häftlinge bereits mit Kolbenschlägen empfangen und gewalttätig in die bereitstehenden Waggons getrieben wurden. Während der Fahrt wurden die Gefangenen immer wieder vom schwer bewaffneten, alkoholisierten und aggressiven Wachpersonal zusammengeschlagen.⁴⁷ Ähnlich der Be-

⁴⁴ Otto von Habsburg, Nicht geschossen ist auch gefehlt. Nur ohne Schuschnigg wäre ein Widerstand möglich gewesen, in: Thomas Chorherr (Hrsg.), 1938 – Anatomie eines Jahres, Wien 1987, S. 60–67, hier 67.

⁴⁵ Für das Folgende vgl.: Pius Zeßner-Spitzenberg, Hans Karl Zeßner-Spitzenberg. Ein Leben aus dem Glauben, Wien 2003, S. 67–78.

⁴⁶ Alfred Misson, „Engel der Zelle“, in memoriam Prof. Zeßner-Spitzenberg, in: Das Kleine Volksblatt, 1. 8. 1948.

⁴⁷ Friedrich Funder, Als Österreich den Sturm bestand. Aus der Ersten in die Zweite Republik. Wien–München 1957, S. 325 f.

richt Kalmars: „Man trat mit genagelten Stiefeln nach uns, stieß uns die Gewehrkolben in die Rippen, schlug uns mit geballten Fäusten mitten ins Gesicht. Der Herrenmensch tobte sich aus.“⁴⁸ Es sind durchwegs traumatische Erinnerungen, die Häftlinge der Österreichertransporte mit der Fahrt in Verbindung brachten. Bruno Heilig, er war beim ersten Dachau-Transport dabei, schilderte einen vergleichbaren Ablauf wie Funder und Kalmar. Er sprach von „zwölf Stunden Fahrt in der fahrenden Hölle“, ⁴⁹ Alfred Maleta, Insasse des dritten Transports, von einer „Fahrt in die Unterwelt“. ⁵⁰ Für Zeßner-Spitzenberg wurde es zur Fahrt in den Tod. Im Zuge der brutalen Behandlung durch die SS während der Fahrt wurden Zeßner durch einen Gewehrkolbensschlag in die Nieren jene inneren Verletzungen zugefügt, an deren Folgen er ein halbes Monat später sterben sollte.

In Dachau kam es nochmals zu einem Bekenntnis Zeßners zu seiner Gesinnung. Es entsprach dem Ritual der SS, dass neu ankommende Häftlinge antreten und angeben mussten, weshalb sie in das Konzentrationslager Dachau gekommen seien. Als Zeßner an der Reihe war, sagte er furchtlos: „Weil ich im Glauben an Gott und an ein christliches Österreich unter der Führung des Hauses Habsburg die einzige Rettung für die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit meines Vaterlandes sehe.“⁵¹ Dies genügte, um in den berüchtigten Isolierblock 15 des Lagers versetzt zu werden. Zeßner musste schwerste körperliche Akkordarbeit verrichten. Die Hitze des Hochsommers trug dazu bei, dass auf Grund seines Nierenversagens bald schwere Schwellungen an den Beinen auftraten. Fieber, das schließlich die 40 Grad-Grenze übersteigen sollte, war die Folge. Am 30. Juli musste er, obzwar von seinen inneren Verletzungen schon schwer gezeichnet, an einem zweistündigen Strafappell während der Mittagshitze teilnehmen. Dabei brach er zusammen und kam endlich – bereits am völligen Ende seiner Lebenskräfte – in das Krankenrevier des Konzentrationslagers. Dort verstarb er im Alter von 53 Jahren in den Abendstunden des 1. August 1938.

Postskriptum

Vor 1938 war Zeßner-Spitzenberg mit seinem idealistischen, emphatischen Österreich-Bekenntnis nicht zuletzt am Zeitgeist einer in ihrer überwiegenden Mehrheit, wenn auch in unterschiedlichen Nuancierungen, „deutsch“ fühlenden Gesellschaft gescheitert. Schon relativ bald, nachdem Österreich Teil des Deutschen Reiches geworden war, begannen manche seiner ehemaligen Gegenspie-

⁴⁸ Rudolf Kalmar, *Zeit ohne Gnade*, Wien 1946, S. 41.

⁴⁹ Bruno Heilig, *Menschen am Kreuz. Dachau – Buchenwald, Weitra o. J.*, S. 19.

⁵⁰ Radiointerview Österreich 1, „Im Journal zu Gast“, 14. 11. 1987.

⁵¹ Zeßner-Spitzenberg, *Leben aus dem Glauben*, S. 72.

ler, von der Realität des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und ihrer eigenen enttäuschten Erwartungen desillusioniert, nachdenklich zu werden. So notierte der bereits erwähnte Edmund Glaise-Horstenau im Oktober 1940, es wäre ihm „zum ersten Mal ein entsetzlicher Gedanke“ gekommen: „Am Ende hat der arme, im KZ verstorbene Zessner v. Spitzenberg doch recht, wenn er die These verfocht, die Österreicher seien eine eigene Nation, die nur zufällig deutsch spreche.“⁵²

⁵² Broucek (Hrsg.), *General*, S. 547.